

Von roten Linien und nicht linientreuen Roten.

Programmatische und strategische Überlegungen zur Entwicklung des Netzwerks Linke Opposition¹ in der WASG

von
Egbert Scheunemann

Stand: 29. September 2006

Um den im Netzwerk Linke Opposition der WASG zur Diskussion und womöglich – oder auch nicht – zur Entscheidung stehenden Entwurf strategischer wie programmatischer Mindestanforderungen an das Projekt einer Neuen Linkspartei zunächst zu zitieren, damit alle wissen, was geschrieben steht und was nicht:

„1. Die neue Partei entsteht durch eine Neugründung, nicht durch eine Fusion, in der die Mitgliederbestände automatisch übernommen werden, und schon gar nicht indem die WASG-Mitglieder der Linkspartei.PDS beitreten. Jedes Mitglied soll sich durch Beitritt für die neue Partei entscheiden, alle Ämter sind neu zu wählen.

2. In der neuen Partei gilt die Trennung von Amt und Mandat und von Amt und Beschäftigungsverhältnis bei der Partei, den Fraktionen, einzelnen Abgeordneten oder Tendenzbetrieben. Einzubeziehen in dieses Verbot sind nicht nur Vorstandsämter auf Landes- und Bundesebene, sondern auch Delegiertenämter zu Parteitag.

3. Die neue Partei verneint Privatisierungen der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht nur in ihren Programmen, sondern beteiligt sich auch in der Praxis weder auf Landes- und Bundesebene noch in den Kommunen daran.

4. Die neue Partei tritt nicht in Regierungen ein, die Sozialabbau betreiben, tarifliche Standards oder Löhne im öffentlichen Dienst absenken bzw. die Arbeitszeit der Beschäftigten erhöhen.

5. Die neue Partei stimmt Auslandseinsätzen der Bundeswehr nicht zu. Sie wendet sich auch strikt gegen Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der inneren Sicherheit.“²

Bei den ersten zwei Punkten geht es um eher strategische bzw. organisationstheoretische, bei den letzten drei um im engeren Sinne inhaltlich-programmatische Fragen, wobei die Punkte 3 und 4 eigentlich zu einem zusammengefasst werden können.

Ich möchte im Folgenden kurz und in zeitgedrängtem Telegrammstil begründen, warum für mich letztlich nur die Punkte 3 und 4 als wirklich ‚rote Linien‘ bzw. politische Mindestanforderungen einer Neuen Linkspartei gelten – und warum ich, obwohl ich zu jenen gehöre, denen alles Militärische grundsätzlich Völlegefühle verursacht, den ersten Satz von Punkt 5 für hochgradig problematisch und, um es zurückhaltend zu formulieren: wenig durchdacht erachte.

Ad 1: Ist eine Partei, die sämtliche ihrer existenziellen Grundlagen (Programm, Satzung, Parteiname etc.) von Gremien neu ausarbeiten lässt, die sie nur zur Hälfte aus ei-

¹ www.netzwerk-linke-opposition.de/

² www.linkezeitung.de/cms/content/view/1118/174/

Ich habe den zitierten Text behutsam an die Regeln deutscher Grammatik, Interpunktion und Orthographie angeglichen.

genem Personal bestückt, und die sämtliche ihrer Führungs- und Leitungsgremien (Bundes-, Landes- und Bezirksvorstände etc.) von Parteitag bzw. Mitgliederversammlung neu wählen lässt, deren Delegierte bzw. Wahlberechtigte sie nur zur Hälfte selbst bestimmen kann, eine neue Partei? In aller politikwissenschaftlichen Strenge würde ich sagen: Geschmackssache.

Worauf ich hinaus will: Ich kämpfe seit langer Zeit für die *Neugründung* einer *Neuen* Linkspartei, die sich als *breit* angelegtes linkes Sammlungsprojekt versteht – und ich kämpfe grundsätzlich noch immer dafür. Ich muss aber zur Kenntnis nehmen, dass dieses Projekt als wirklich *breit* angelegtes linkes Sammlungsprojekt schon seit geraumer Zeit gescheitert ist. Es wird im nächsten Jahr eine (wie auch immer organisatorisch genau geartete) Fusion zwischen WASG und Linkspartei.PDS geben – und darüber hinaus erst mal und für längere Zeit gar nichts. Selbst eine ‚wirkliche‘ Neugründung einer Neuen Linkspartei, in die ehemalige Mitglieder der WASG und Linkspartei.PDS (und hoffentlich nicht nur die) einzeln eintreten würden (nach oder während der Auflösung beider Parteien), wird an dem politischen Schaden, der durch den Turbofusionskurs der Parteitechnokraten aus Linkspartei.PDS und WASG angerichtet wurde (massenweiser Austritt oder Resignation von WASGler, Abschreckung potenzieller Mitglieder und Wähler), nicht mehr (in auch nur halbwegs relevantem Ausmaß) zu heilen sein. Die Sache ist – nochmals: *als* möglichst *breit* angelegtes linkes Sammlungsprojekt – gelaufen, ohne Wenn und Aber. Ohne Gnade.³

Oder um es so zu sagen: Ich könnte mit dem im so genannten Morlok-Gutachten beschriebenen Weg der Neugründung (‚Neugründung‘...) einer Neuen Linkspartei leben – **WENN** die programmatischen und realpolitischen Bedingungen dessen stimmen, was sich da zusammentut! Und um genau die und nur um die geht es – mir (davon gleich mehr). Vorab aber zum zweiten eher strategisch-organisationstheoretischen Punkt.

Ad 2: Eine hundertprozentige Trennung von Amt und Mandat (bzw. parteinahes Beschäftigungsverhältnis etc.) würde eine fast hundertprozentige Enthauptung des Führungspersonals der Linkspartei.PDS bedeuten – was vielleicht aus politischen Gründen auch gar nicht das Schlechteste wäre. Aber dass die Linkspartei.PDS da mitmachen wird, ist natürlich ganz und gar ausgeschlossen. Wer das von ihr fordert, sollte lieber sofort das Scheitern des Gesamtprojektes feststellen und es fallenlassen. Aber es gibt ja eine ganz einfache Lösung des Problems: die Quotierung von Mandatsträgern bzw. parteinah Beschäftigten in allen Parteigremien (Parteitage, Vorstände etc.). Wenn etwa garantiert ist, dass auf Parteitag maximal 24,9 Prozent der Anwesenden Mandate innehaben oder parteinah beschäftigt sind, kann die Basis mit ihren ‚restlichen‘ 75,1 Prozent alles in Grund und Boden stimmen, was von nicht immer nur Parteiinteressen vertretenden Mandatsträgern etc. an Anträgen etc. vorgebracht werden mag.

Ad 3 und 4: Diese Punkte sind für mich der unverzichtbare programmatisch-politische Kern des Projektes einer Neuen Linkspartei. Nicht verhandelbar. Und wenn es zur Neuen Linkspartei kommt und einzelne Verantwortliche bzw. Gremien in Landesverbänden etc. dagegen verstoßen, kann das nur heißen: Parteiausschlussverfahren.

³ Vgl. meinen gleichnamigen Artikel zum Thema:
www.egbert-scheunemann.de/Fusion-ohne-Gnade.pdf

Ad 5: Ich möchte zu den grotesken Widersprüchen und Verlogenheiten ‚linker‘ Sicherheits- und Friedenspolitik die entsprechenden Teile aus meiner Kritik an den Programmen von WASG und Linkspartei.PDS zitieren:

„Man sollte nicht eine Bundeswehr mit einer „Personalstärke von 100.000“ beibehalten wollen, dann aber gutmenschelnd ein „Verbot aller Rüstungsexporte“ fordern (S. 29-30). Wenn Rüstungsexporte grundsätzlich schlecht sind, dann muss das für alle Länder gelten. Niemand sollte in dieser Logik also auch Rüstungsgüter *importieren* dürfen. Das heißt, jeder Staat müsste alle Rüstungsgüter selbst entwickeln und herstellen – auch Industriegiganten wie Belgien oder Dänemark. Also entweder ist man für die vollkommene Abschaffung jeder Armee und aller Rüstung – oder auch im Rüstungsbereich für eine sinnvolle internationale (oder zumindest europaweite) Arbeitsteilung. Und man bedenke: Internationale Arbeitsteilung und *Zusammenarbeit* macht *strategisch abhängig* (von Nachschub, Ersatzteilen etc.) – nicht das Schlechteste, um potenzielle Aggressoren von der Ausführung ihrer kranken Hirninhalte abzuhalten.“⁴

Und vor allem:

„Die Programme von Linkspartei.PDS und WASG sind in der Frage UN-legitimierter und mandatierter militärischer Einsätze und der Rolle, die die Bundeswehr darin zu spielen hat, höchstgradig widersprüchlich. So lesen wir etwa im Grundsatzprogramm der PDS: „Die PDS lehnt in konsequenter Anerkennung des Artikels 26 Grundgesetz weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten. Von deutschem Boden darf kein Krieg ausgehen.“ (Linkspartei.PDS-I, S. 17) Kurz davor ist aber zu lesen: „Der Weltfriedensrat darf das allein ihm durch die Charta übertragende Recht, auch militärische Mittel (!! E.S.), wenn alle zivilen ausgeschöpft sind, zur Abwendung der Gefährdung des Weltfriedens einzusetzen, nicht unter dem Druck und im Interesse der Großmächte missbrauchen (aber sonst eben doch gebrauchen; E.S.).“ (ebd., S. 16)

Analog ist im Gründungsprogramm der WASG zu lesen: „Wir wollen keine Einsätze der Bundeswehr „Out of area“ und grundsätzlich keine militärischen Formen einer Konfliktlösung... Bei kriegerischen Auseinandersetzungen sind nur internationale, völkerrechtlich legitimierte Gremien entscheidungsbefugt (und das heißt: zu solch kriegerischen Einsätzen grundsätzlich befugt; E.S.).“ (WASG-I, S. 26)

Man muss sich entscheiden: Entweder man gesteht den Vereinten Nationen das – ultimative – Recht auch zu militärischer Intervention zu und vertritt damit die Meinung, dass es gerechte Kriege (gegen ungerechte, massenmörderische, faschistische, aggressive etc. Regimes) gab, gibt oder geben kann – oder man verneint letzteres grundsätzlich, womit auch der Krieg der Alliierten gegen Hitler-Deutschland kein gerechter gewesen wäre, und damit auch ersteres. Den Vereinten Nationen ein ultimatives militärisches Interventionsrecht zuzugestehen, deutsche Soldaten an solchen Interventionen aber auf keinen Fall beteiligt sehen zu wollen, läuft auf die – ich sage mal zurückhaltend: nicht gerade moralisch sehr hoch stehende – Forderung hinaus, dass sich nichtdeutsche Soldaten totschießen lassen sollen in einem völkerrechtlich legitimierten Krieg gegen aggressive Regimes, deutsche aber nicht.“⁵

⁴ www.egbert-scheunemann.de/Linkspartei-PDS-Wahlprogramm-2005-Kritik.pdf, S. 11.

⁵ www.egbert-scheunemann.de/Synopse-und-Programmentwurf-Neue-Linkspartei-Version-1.pdf, S. 79 (Fußnote 81).